

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 30 (1950-1951)

**Heft:** 1

**Artikel:** Wo steht die schweizerische Sozialdemokratie?

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-159839>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## WO STEHT DIE SCHWEIZERISCHE SOZIALDEMOKRATIE ?

*Morgenröte*

Als in einer kritischen Phase des zweiten Weltkrieges die Atlantik-Charta den abgekämpften Soldaten und leidenden Völkern des Westens als Preis der Nöte und Mühsalen ein «Leben in Freiheit von Furcht und Not» versprach, schien die Morgenröte des Sozialismus angebrochen zu sein. Auch die schweizerischen Sozialdemokraten hielten ihre Stunde für gekommen. «Aus diesem Krieg und aus der Not dieser Zeit wird das entstehen, was früher unerreichbar schien: eine Gemeinschaft des arbeitenden Volkes, die Staat und Wirtschaft der ‚Neuen Schweiz‘ aufbauen wird», erklärten sie in einem Manifest, und im Frühling des Wahljahres 1943 prophezeite der Präsident der Sozialdemokratischen Partei, das Schweizervolk werde in seiner großen Mehrheit für das Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei, für eine Regierung der ‚Neuen Schweiz‘ gewonnen werden.

Tatsächlich erzielten die Sozialisten in beinahe allen kantonalen und kommunalen Wahlen jener Zeit ansehnliche Fortschritte. Als sie bei der *Bestellung* des um sieben Sitze erweiterten *Nationalrates* am 31. Oktober 1943 elf Mandate gewannen und mit 56 Vertretern zur stärksten Fraktion aufrückten, konnte man in der «Roten Revue» lesen:

«Es wäre übertrieben, wenn man behaupten wollte, das Resultat komme einem eigentlichen Dammbruch gleich. Eher kann man wohl von einem ersten Wetterleuchten sprechen, das die *Morgenröte einer neuen Zeit*, die sich aus dem blutigen Völkerringen abzuheben beginnt, am Horizont aufflammen ließ».

In der Folge verzichtete der Freisinn auf seine bisherige Mehrheitsstellung im Bundesrat. Als am 15. Dezember 1943 der erste Sozialdemokrat in die Landesregierung einzog, schrieb das «Volksrecht», das leite einen neuen Abschnitt unserer Geschichte ein, «noch bedeutungsvoller als der Tag, da der Freisinn sich herbeiließ, einen Konservativen aufzunehmen».

Der Krieg ging zu Ende. Die Russen marschierten in Berlin ein. Ringsum in Europa kamen die Sozialdemokraten und die Kommu-

nisten an die *Macht*. Nun kannten der Übermut und die Erwartungen auch ihrer schweizerischen Genossen keine Grenzen mehr. In einem «Offenen Brief» forderte Nationalrat Bringolf anfangs 1946 Bundesrat und Bundesversammlung auf, den Weg frei zu machen «für eine saubere neue Ordnung unserer dringenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme». Man sprach von einer «Staatskrise» und verlangte außerordentliche Nationalratswahlen, in der Meinung, die Linksparteien würden die Mehrheit erlangen und der Asche des bürgerlichen Staates werde wie ein Phönix die sozialistische «Neue Schweiz» entsteigen — wie in anderen Staaten. «Unsere tschechischen Genossen geben heute der Welt ein hell leuchtendes Beispiel und können der herzlichen Sympathie aller aufrechten Sozialisten sicher sein», frohlockte die «Berner Tagwacht», als die *Tschechoslowakei* «als erstes westliches Land auf demokratischem Weg zu einer vorwiegend sozialistischen Wirtschaftsordnung» überging; auch die «Rote Revue» rühmte die «mit bemerkenswerter Tatkraft» betriebene Nationalisierungspolitik der Tschechoslowakei. Immerhin knüpfte sie daran den Vorbehalt, über ihren Erfolg sei ein endgültiges Urteil erst nach Jahren möglich.

Diese Jahre sind seither ins Land gegangen. In ihrer Mitte stand der Protest der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung über die terroristischen Verfolgungen ihrer tschechischen Freunde durch die Kommunisten, die jene beerbtten. Denn der «Sozialismus» mit seinen Nationalisierungen und der allmächtigen staatlichen Bureaucratie ist der Wegbereiter des «Kommunismus» mit der totalen Unterdrückung des Menschen. Zwar distanzieren sich viele Sozialdemokraten voll ehrlicher Entrüstung von den freiheitsfeindlichen Methoden der östlichen Volksdemokratien. Aber auch in den westlichen Ländern, wo die Sozialdemokraten als Damm gegen den Kommunismus den «demokratischen Sozialismus» erfanden und nach seinen Regeln regierten, wurde der Bürger einem wachsenden Zwang unterworfen. *Denn Demokratie und Sozialismus sind unvereinbar*. Während jene die Gleichheit in der Freiheit sucht, sucht dieser sie im Zwang und in der *Knechtung*, lehrte schon vor hundert Jahren der französische Staatsmann und Soziologe de Tocqueville. Die Geschichte der letzten Jahre und Jahrzehnte hat es hundertfach bestätigt, daß «alle sozialistischen Lösungen entweder unmittelbar die Freiheit in den wichtigsten Lebensbereichen vernichten oder die große Gefahr ihrer Vernichtung erzeugen»<sup>1)</sup>.

Aber auch den Wohlstand und die soziale Sicherheit, die man den Völkern verhieß, wenn sie sich der Freiheit begeben, erlangten sie nicht. Wie es um das äußere *Wohlergehen* der Tschechen be-

---

<sup>1)</sup> W. A. Jöhr: Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich? St. Gallen 1948.

stellt ist, deren kollektivistische Kur vor fünf Jahren unsere Sozialdemokraten in einen wahren Rauschzustand der Begeisterung hob, konnte man am 11. Januar dieses Jahres im «Volksrecht» lesen, wo es hieß, es sei ein ernüchternder Gedanke,

«daß selbst in dem einzigen Lande Osteuropas, wo die Bedingungen für erfolgreiche Wirtschaftsplanung außerordentlich günstig waren, am Ende des Zweijahres-Planes der Lebensstandard *beträchtlich niedriger* war als im Jahre 1945, sowohl hinsichtlich der Konsumgüter wie der Versorgung mit Häusern und Wohnungen». — Viele Arbeiterfamilien sähen sich vor die Notwendigkeit gestellt, «bis zu einem Wochenlohn für ein sehr schäbiges Hemd, einen Monatslohn für ein Paar Schuhe und einen Vierteljahreslohn für einen Maßanzug auszugeben».

Die Erfolge der Verstaatlichung der Produktionsmittel in *Rußland*, der ersten Heimstätte des Sozialismus, nötigten der «Basler Arbeiterzeitung» nach Befragung eines enttäuschten Kommunisten das betrübte Eingeständnis ab, nicht das Volk, sondern die privilegierte Klasse der Staats- und Parteibureaucratie seien ihre Nutznießer. Aber auch wo die Sozialdemokraten des *Westens* sich vorerst mit bedächtigeren Reformen begnügten, wo sie sich auf das Planen und Lenken beschränkten wie in Schweden oder sich «nur zögernd und in einer Art und Weise, die vom sozialistischen Standpunkt aus manchmal zur Kritik reizt»<sup>2)</sup>, an die Verwirklichung der Wahlprogramme machten, wie Labour (seither ist ihr Tempo stürmischer geworden!), erfüllten sich die sozialistischen Verheißenungen nicht.

In *Schweden* mit einer großen eigenen Schiffahrt und seinem gewaltigen Erz- und Holzreichtum, das ferner wie die Schweiz mit einem unversehrten Produktionsapparat in die Nachkriegszeit eintrat, führten Fehldispositionen der Regierung zu Beschränkungen, wie sie das Volk nicht einmal während des Krieges erdulden mußte. Der Rückgang des Exportes ließ die Valutareserve von 2 600 Millionen Kronen im Jahre 1945 auf 600 zusammenschrumpfen. Um die Ausfuhr zu steigern, die unter dem Vorkriegsniveau lag, und den Valutenschwund aufzuhalten, sah das sozialistische Wirtschaftsprogramm *Einschränkungen* der Konsumenten vor. Die Gewerkschaften befürchteten, «es dürfte außerordentliche Schwierigkeiten bereiten, den erreichten Lebensstandard im kommenden Jahr auf gleicher Höhe zu erhalten»<sup>3)</sup>.

In *England* führte die Austerity des Puritaners Sir Stafford Cripps zu einer wachsenden sozialen Unrast mit wilden Streiks, dem Einsatz

<sup>2)</sup> Walter Gyßling: Die Nationalisierungspolitik in der Tschechoslowakei. Januarheft 1946 der Roten Revue.

<sup>3)</sup> Alfred Michaelis: Schwedens Wirtschaftsprogramm. Januarheft 1949 der Roten Revue.

von Soldaten, die den vom König proklamierten «Notstand» meistern mußten und vermochte doch nicht, die Minderung der Kaufkraft des Pfundes um 18 Prozent zu verhindern. Die Vollbeschäftigung, mit der sie sich soeben im Wahlkampf brüstete, war weniger der Erfolg der Regierungsweisheit Labours, als der «Mildtätigkeit Amerikas» mit seinen 1 200 Millionen Dollars Marshallhilfe, konnte man im «Economist» lesen. Dem Lob Attlee's am Vorabend der Wahlen, im Gegensatz zu allen übrigen großen Staaten, habe Labour-England bewiesen, «daß der Fluch der Arbeitslosigkeit aus den Heimstätten verbannt werden kann», steht das frühere, von Wahlrücksichten unbeschwerter Eingeständnis seines Ministerkollegen Cripps gegenüber, ohne die Marshallhilfe würde das Land über eine Million Arbeitslose aufweisen.

### *Umkehr*

Nach den *Enttäuschungen*, welche die östlichen Volksdemokratien der Arbeiterschaft bereiteten, haben die Experimente und die Hilflosigkeit sozialistischer Regierungen im Westen ernüchternd auf alle jene gewirkt, welche meinten, die verheiße bessere Ordnung der Nachkriegszeit werde eine sozialistische sein. Viel rascher als die unentwegten Vertreter freier Menschen in den schwarzen Tagen kollektivistischer Triumphe es zu hoffen wagten, setzte die *Besinnung* auf die mißhandelten Persönlichkeitsrechte ein, zu denen auch der Anspruch auf die Freiheit des Erwerbes und die freie Verfügung über das Erworbene gehört. Prominente Sozialisten und Kommunisten standen auf gegen die zunehmenden Übergriffe des Staates und die Entäußerung des Menschen. In England kehrte ein alter Anhänger Labours im Oberhaus, Lord Milverton, der Partei den Rücken und begründete es: «Wenn England fortfährt, doktrinär einen Wirtschaftszweig nach dem andern zu verstaatlichen, wird es eines Tages unter einer allmächtigen Bureaucratie erwachen, die versucht, allen Menschen und Organisationen ihren Willen aufzuzwingen».

Wo immer die Völker in Freiheit ihre Stimme abgeben konnten, erlitten die *Linksparteien* in den letzten Jahren *Rückschläge* und Niederlagen. In Italien, Holland, Belgien, Deutschland und Österreich wandten sich die Wähler von ihnen ab; zuletzt mußte in Australien Labour abtreten. Umgekehrt erzielten jene Parteien, welche die Freiheit der Persönlichkeit auf ihre Fahne geschrieben haben, große Fortschritte, auch in Schweden, wo die Sozialdemokraten die stärkste Gruppe blieben. In Kanada, wo sie seit 1935 als Regierungs-partei für die Geschicke des Landes verantwortlich sind, vermochten die Liberalen ihre Stellung wesentlich zu verstärken. Vital Gawronski, der bekannte schweizerische Gewerkschaftspublizist, hat sich auf

Grund der Nachkriegserfahrungen um eine Antwort auf die Frage bemüht: «Was hat die arbeitende Bevölkerung von der dirigierten Wirtschaft zu erwarten?»<sup>4)</sup> und kam zum Schluß:

«Wie nie zuvor bestand in dieser Zeit die Möglichkeit, den Arbeitern zu geben, was der Sozialismus ihnen stets versprochen hatte, nämlich größere Wohlfahrt und größere Freiheit. Aber erblicken wir rings um uns mehr Wohlfahrt — erblicken wir, wenn wir die Schwierigkeiten des Wiederaufbaues voll in Rechnung stellen, wenigstens ein Vorwärtsschreiten zu vermehrtem Wohlstande? Erblicken wir größere persönliche Entfaltungsmöglichkeiten für den Menschen und Arbeiter? Was wir heute vor allem erkennen, sind Enttäuschungen. Die Wirklichkeit scheint in allzu großem Gegensatz zu den Versprechungen und Erwartungen zu stehen».

Dieser Erkenntnis stellt der Verfasser den sozialen *Aufstieg der Arbeiter in der Schweiz und in Amerika* gegenüber. «Neben solchen Ergebnissen einer im Wesentlichen unverstaatlichten Wirtschaft verblassen alle Enteignungs- und Verteilungstheorien», lautet die Folgerung. Wo immer wir hinblicken, sieht man, «daß sowohl die Lebenshaltung als auch die menschliche Freiheit in den Staaten, die liberal-kapitalistische Länder sind, den höchsten Lebensstandard erreicht haben», ist auch die Meinung des früheren prominenten schweizerischen Gewerkschaftssekretärs E. Rimensberger, der heute als Sozialattaché in den Vereinigten Staaten an der Quelle sozialer und wirtschaftlicher Erkenntnisse schöpft.

In der *Schweiz* begann die Abkehr vom Kollektivismus schon vor seiner Verwirklichung. Der Wähler hat den Vertretern der überkommenen Ordnung das Vertrauen auch nicht entzogen, als die Sozialdemokraten der Morgenröte des Herbstes 1943 vier Jahre später den Glanz der «Neuen Schweiz» folgen lassen wollten und dafür die größten Anstrengungen unternahmen. Wie in England, suchten sie neben den Arbeitern und Angestellten die Bauern, Gewerbetreibenden und kleinen Industriellen zu gewinnen. Aber sie verloren einen Zehntel ihrer Mandate an die Bürgerlichen und mußten den ersten Rang unter den Fraktionen an jene Gruppe abtreten, die genau hundert Jahre zuvor den liberalen Bundesstaat geschaffen hatten. Das Volk habe kein Vertrauen mehr in diesen, behaupteten sie vor dem Wahltag. Nachher erklärte das «Volksrecht» zum sozialistischen Mißerfolg, der Schweizer ziehe «die helvetische Taube in der Hand dem sozialistischen Storch auf dem Dache vor».

In den Kantonen und Gemeinden waren schon vorher die sozialistischen Herrschaftsgelüste abgeschlagen worden. Im Kampf um *Zürich*, von wo aus der Marsch in die «Neue Schweiz» angetreten werden sollte, war das Jahr zuvor zwar die Mehrheit der Sozial-

---

<sup>4)</sup> Vital Gawronski: Staatsgewalt und Volkswohlfahrt.

demokraten in der Exekutive bestätigt worden; ihre Vertretung im Gemeinderat aber schrumpfte auf 29 Prozent zusammen gegenüber 47,8 Prozent, die sie zwölf Jahre zuvor abgeordnet hatten. «Wenn auch Zürich gestern noch nicht rot geworden ist, es wird rot werden!» tröstete sich die Partei. Bei den Erneuerungswahlen vier Jahre später verzichteten die Sozialdemokraten indessen freiwillig auf die Mehrheit in der Exekutive der Hauptstadt der schweizerischen Wirtschaft, nachdem sie dieselbe nach zwanzigjähriger Geltung im vergangenen September bei den Ersatzwahlen für den Stadtpräsidenten und für ein Mitglied des Stadtrates verloren hatten.

Die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* macht für die seit fünf Jahren feststellbare rückläufige Entwicklung neben der Abspaltung der PdA das eigene Aufrücken in die Stellung einer «Regierungspartei» verantwortlich. Sie ist tatsächlich groß geworden, als sie die radikalsten Forderungen vertreten konnte, ohne ihre Durchführbarkeit und Güte erproben zu müssen und als sie unbeschwert von jeder Verantwortung die bürgerliche Politik kritisieren durfte. So beschloß sie im vergangenen Herbst und im Vorfeld der vielen kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Wahlen im Frühling 1950 und übers Jahr demonstrativ, in die *Opposition* zu treten. In der Folge begnügte sich neben der zürcherischen Partei auch diejenige von Baselstadt mit einer Minderheit in der Exekutive.

Das bedeutet aber nicht, daß die Sozialdemokratie auf ihre Machtansprüche verzichtet. Vielmehr möchte sie zusammen mit ihren Gewerkschaften den *parlamentarischen Einfluß* verstärken. — Sozialdemokraten und Gewerkschaften fühlten sich von jeher am stärksten in der Kritik der sozialen und wirtschaftlichen Zustände und der behördlichen Maßnahmen, die nie allen Erwartungen genügen können. Darum durfte ihr die in den nächsten Jahren zu erwartende wirtschaftliche Rückbildung mit ihren sozial unerfreulichen Konsequenzen den Verzicht auf die verantwortliche Mehrheit in den Verwaltungsbehörden wesentlich erleichtert haben. Linksmehrheiten in den Parlamenten, welche die Aufträge an die Behörden beschließen und bürgerliche Mehrheiten in den Exekutiven, die nach außen und vor dem Steuerzahler verantwortlich zeichnen, schaffen die beste Ausgangslage für spätere politische Ausmarchungen, wenn die Erinnerungen an die Fehlleistungen der Sozialisten in der Blütezeit des Kollektivismus nach dem zweiten Weltkrieg verblaßt sind.

So ist die Forderung auf «erhöhte Aktivität und eine entschlossene Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes» zu verstehen, welche die Sozialdemokraten an ihrem letzten Parteitag in ihr Programm aufgenommen haben. Als ewiges Ziel verkündeten sie den Kampf «gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung» und für die gerechte «Neue Schweiz».

### «*Unser die Zukunft*»

stand groß und mahnend über der Tribüne des Luzerner Kongresshauses. Diese Mahnung, an die Zukunft zu denken, das Grundsätzliche stärker hervorzustellen und nicht zugunsten tagespolitischer Erwägungen zu verwischen, spürte man aus den ganzen Verhandlungen dieser denkwürdigen Tagung, rühmte die sozialdemokratische Presse die Kampfansage vom 7. November 1949. Sie bedeute einen innenpolitischen Wendepunkt und dieser führe unser Land in beschleunigtem Tempo in die neu-schweizerischen Gefilde.

Im kommenden Mai jährt es sich zum dritten Male, daß unser Volk jene utopische Ordnung der Verstaatlichungen mit Glanz und Gloria zu Grabe getragen hat. Das Verdict gehört in jene Reihe der grundsätzlichen Ausmarchungen über die *Freiheit* des Bürgers vom Staat, in denen der Schweizer seit der Überwindung des sachlichen und rechtlichen Notstandes der Kriegsjahre zum Worte kam und die alle seine freiheitliche Grundhaltung bestätigten. Diese Entscheide sind:

	Ja	Nein
Verkehrskoordination (Februar 1946)	289 035	571 366
Recht auf Arbeit (Dezember 1946)	124 792	525 366
Sozialistische «Neue Schweiz» (Mai 1947)	244 415	589 244
Zuckerordnung (März 1948)	272 701	481 352
Tuberkulosegesetz (Mai 1949)	201 551	612 807

Nachdem die Annahme der AHV und der revidierten Wirtschaftsartikel im Juli 1947 in gewissen Kreisen falsche Vorstellungen über das wirtschaftliche und soziale Wollen der Schweizer geweckt, hatte zunächst die Abstimmung über die Zuckerordnung den Gesetzgeber belehrt, daß die große Mehrheit des Volkes unter dem Bundeszweck der «Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt» im wirtschaftlichen Bereich nicht einfach die staatliche Intervention verstanden wissen will. Später zeigte die Ablehnung des Tuberkulosegesetzes, daß auch im Sozialen der Verstaatlichung des Menschen Grenzen gezogen sind, die der Eidgenosse nicht überschritten sehen möchte.

In der Welt geht das Ringen um die Gesellschaftsform weiter. Den Niederlagen der Kollektivisten werden auch in Europa wieder Siege folgen, und es kann sein, daß der eine und andere Staat, das eine und andere Volk erst durch die Knechtschaft und die Not des Sozialismus gegen die Lockungen seiner Kinder gefeit werden. Aber in der Schweiz wird der Sozialdemokratie die Zukunft *nie* gehören, solange sie im marxistischen Denken der «Neuen Schweiz» verharrt. An ihren Segen glauben nicht einmal mehr alle ihre Führer — man solle nicht so viel von Planmäßigkeit und dirigierter Wirtschaft

reden, riet ein Prominenter unter ihnen nach der Niederlage in den letzten Nationalratswahlen. Schon gar fehlt dem einfachen Manne der Glaube an die «höhere harmonische Gemeinschaft» des Kollektivismus aller Schattierungen bis zu dem «*Über-den-Kapitalismus-Hinausgehen*» jener, welche die demokratische Freiheit und Gleichheit, die Entfaltung der angewandten Wissenschaften, der Technik und der Produktivkräfte als die bleibenden Errungenschaften des Kapitalismus anerkennen — so Dr. Hugo Jordi, der eifrige publizistische Verfechter konfuser sozialistischer Theorien.

Obschon das Versammlungs- und Vereinsrecht dem Lohnverdiener die Möglichkeit gibt, sich mit seinem Arbeitskollegen zu verbinden, obschon die Pressefreiheit die unbeschränkte Ausbreitung sozialistischen Gedankengutes gestattet und trotz des völlig freien Wahl- und Stimmrechtes gelang es hierzulande nie, alle oder auch nur den größeren Teil der Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen, lautete ein bemerkenswertes Eingeständnis Jordis im «Volksrecht», und er fragt, ob «die kleinbürgerlichen Vorurteile und Spinnweben», mit denen der Kopf des Lohnverdieners vollgestopft sei, das verhindert hätten. Diese kleinbürgerlichen Vorurteile sind die im eigenen Erleben und an den Erfahrungen des Auslandes erhärtete Einsicht, daß es sich unter den schweizerischen *bürgerlich-kapitalistischen Gesetzen freier und besser* lebt als unter irgendeinem Kollektivismus.

Der schweizerische Arbeiter denkt damit nicht anders als jene englischen Gewerkschafter, die sich vor kurzem gegen die von der Labourpartei vorgeschlagene Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften ausgesprochen haben — ihre Angestellten möchten nicht um doktrinärer Utopien willen der Vorteile privatwirtschaftlicher Unternehmungen verlustig gehen — oder wie jene zufriedenen Arbeiter der englischen Zuckerindustrie, die in der Wahlkampagne ihren Sekretär wissen ließen, sie würden diesmal lieber konservativ als sozialistisch wählen, weil sie das Risiko einer Sozialisierung nicht auf sich nehmen wollen.

«*Unser die Zukunft*» — die Wahlen vom 23. Februar ergaben in England eine Mehrheit von annähernd drei Millionen nicht-sozialistischen Wählern; die Vertretung Labours im Unterhaus ging um 74 Mandate zurück, wogegen die Konservativen 88 Sitze gewannen. Bei der Erneuerung des Großen Rates von Baselstadt Mitte März fiel die Stimmkraft der Linksparteien von ehedem 49,6 auf 44 Prozent zurück. PdA und Sozialdemokraten verfügen noch über 57 Sitze gegenüber 64 im alten Parlament, während die nicht-sozialistischen Gruppen ihre Vertreterzahl von 66 auf 73 vermehren konnten.